

Klaus Kreppel

Linksliberalismus.

Das Beispiel der Humanistischen Studenten-Union

Die Begriffsbildung »Neue Linke« für die »68er-Generation« und ihre nahezu monostrukturelle Gleichsetzung mit Neomarxismus in der sich mit dieser Zeit beschäftigenden Literatur¹ macht es dem Historiker außerordentlich schwer, neben den »sozialistischen« Utopien der 68er-Bewegung auch radikaldemokratische oder linksliberale Zielsetzungen herauszukristallisieren, vor allem, weil die sozialistisch ausgerichteten Utopien über ihre rätedemokratischen Politikmodelle das Attribut »radikaldemokratisch« für sich reklamierten. Auf der anderen Seite suggeriert das Nomen »Bewegung«, daß eine institutionelle Abgrenzung zwischen »sozialistischen«, »radikaldemokratischen« und »linksliberalen« Studentengruppen kaum möglich ist, vor allem wegen des permanenten Lernprozesses, den die Ereignisse der Jahre 1967 und 1968 in den Mitgliedern dieser Organisationen bewirkten.² Die »linksliberale« Humanistische Studenten-Union (HSU) übernahm zeitweise die Rolle eines »Durchlauferhitzers« für radikaldemokratische bis hin zu gewerkschaftlich oder sozialistisch orientierten Studentenverbänden. Das mag an der aufklärerischen Selbstbeschränkung der HSU seit ihrer Gründung im Jahre 1964 auf öffentliche Diskussionen über die »Formierte Gesellschaft«, Unterschriftensammlungen gegen das institutionalisierte Schulgebet, Publikationen über den Stand der geheimen Schubladenentwürfe der Notstandsgesetze oder gar den »Gang nach Karlsruhe« wegen Verfassungsverrates der Notstandsplaner gelegen haben. Wie ihre Mutterorganisation, die Humanisti-

1 Siehe Literaturhinweise im Anhang.

2 Vgl. »Viele laufen zum SDS über – (Humanistische) Studentenunion strafft Führung«, in: *Frankfurter Neue Presse* (FNP) vom 16.12.1967; »Ein Riegel vor den SDS – Humanistische Studentenunion verlegt Hauptsitz nach Frankfurt«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 16.12.1967.

sche Union (HU)³, achtete die HSU auf die inhaltliche Verwirklichung und Einhaltung der im Grundgesetz formal garantierten Grundrechte. Wer sich darüber hinaus »inhaltlich« festlegen wollte, konnte dies als HSU-Mitglied in anderen Gruppierungen tun, von der katholischen Studentengemeinde angefangen bis hin zum SDS. Die HSU bot damit sogar die Chance zum inter-weltanschaulichen Dialog vor allem in einer Zeit, als ein katholischer Theologiestudent ihr Bundesvorsitzender war.⁴

Da die HSU im Jahre 1965 in Höchst im Odenwald hochschulpolitische Kooperationen mit dem Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD), dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) und dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) vereinbart hatte (»Höchster Verbände«), wurde in zahlreichen Publikationen recht klischeehaft eine Art »Volksfront« unter dem Primat des SDS⁵ als »politisiertestem« Studentenverband wahrgenommen und ihrer lesenden Öffentlichkeit suggeriert, daß alle linken und linksliberalen Verbände »im Sog« des SDS an dessen Erfolgen und Scheitern partizipierten.⁶ Es ist durchaus eine synchrone Phase der politischen Aktionen bis hin zur **Selbstauflösung von SDS und HSU in den Jahren 1969/70** zu verfolgen. Aber innerhalb der 68er-Protestphase gab es durchaus spezifische Arbeitsfelder für eine »linksliberale« studentische Organisation wie die HSU, welche im ersten Teil dieses Aufsatzes am Beispiel der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze in

3 Über die HU vgl. O. Wilfert, *Lästige Linke. Ein Überblick über die Außerparlamentarische Opposition der Intellektuellen, Studenten, Gewerkschaften*, Mainz 1968, S. 83ff.

4 »Die Delegierten der 28 Hochschulgruppen der HSU, die etwa 1000 Mitglieder im Bundesgebiet und Berlin vertraten, hatten zuvor den Studenten der Philosophie und katholischen Theologie Klaus Kreppel von der Universität Frankfurt a.M. zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt.« (»Druck auf Studenten unerträglich«, in: *Frankfurter Rundschau* (FR) vom 11.12.1967).

5 *Die Welt* vom 2.5.1968 reihte die HSU als einen der »Satelliten um den SDS« ein, vgl. Beitrag von P. Lersch, »Politische Hochschulgruppen – was denken und was wollen sie?« (IV).

6 W. Härdtl, »Strategie der Neuen Linken zur Machtergreifung«, in: B. Gall u.a., *Die studentische Protestbewegung. Analysen und Konzepte*, hrsg. vom Institut für Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1971, S. 115. – V. Benke: »Strategie und Taktik der Roten Zellen in Berlin«, in: B. Gall u.a., a.a.O., S. 159.

den Jahren 1967 und 1968 näher analysiert werden soll. Daß sich »Linkoliberalismus« schließlich zu einer Art »libertärem Sozialismus« in den Ereignissen des Doppeljahres 1967/68 weiterentwickelte, aber aus der Perspektive des klassischen Linkoliberalismus vom »offenen« zum »geschlossenen« Denk- und Handlungssystem zurückentwickelte und damit sein eigenes Scheitern präjudizierte, soll in einem zweiten Analysegang – am Beispiel der Diskussion um das HSU-Programm 1968/69 – dargestellt werden.

Um die HSU zumindest arbeitshypothetisch von den übrigen studentischen Gruppen abzugrenzen, soll hier weiterhin der Begriff »linksliberal« verwendet werden. »Linksliberal« läßt sich durchaus von bestimmten normativen Aussagen dieser studentischen Organisation her definieren. Ein wesentliches Postulat im Programm der Humanistischen Studenten-Union war die »offene Gesellschaft« in Anlehnung an Karl Popper.⁷ Kritische Aufklärung sollte gegen idealistisch-utopisches Denken mobilisiert werden, der Kampf um Selbstbefreiung des Individuums aus seiner »selbstverschuldeten Unmündigkeit« stand ganz im Sinne der Popperschen Kant-Rezeption im Mittelpunkt des Aktionsfeldes der HSU. Nach dem liberalen Prinzip der Wahrheitsannäherung durch Kritik nahm sich die HSU all jene politischen Untersuchungsfelder vor, in denen die für jedes falsifizierende oder verifizierende Vorgehen des kritischen Geistes notwendige »offene Gesellschaft« durch »geschlossene« Systeme ersetzt werden sollte. Die HSU dürfte mit ihrer **Gründung im Dezember 1964** historisch als studentische Gegenbewegung gegen die in Ludwig Erhards Kanzlerschaft (1963–66) in Umlauf gesetzte normative Zielvorgabe einer »formierten Gesellschaft« zu verstehen sein. Dem Gruppenpluralismus der Großverbände – vor allem der Gewerkschaften — und der Kritik der intellektuellen »Pinscher« – als Wahlhelfer für Willy Brandt – setzte Ludwig Erhard mit Hilfe seines Hausphilosophen Rüdiger Altmann – eines Schülers von Carl Schmitt – im Wahlkampf von 1965 eine homogene Wirtschaftswunder-Gesellschaft entgegen.⁸ Die HSU kon-

7 K.R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, 2 Bde., Bern 1957/58.

8 Zum Tode Rüdiger Altmanns vgl. J. Ross, »Rüdiger Altmann«, in: *Die Zeit* vom 20.2.2000, S. 13.

struierte aus diesen normativen Formierungsutopien und den aktuellen Notstandsplänen der CDU einen inneren Zusammenhang, der um so mehr zur realen Bedrohung wurde, als ab 1966 in der Großen Koalition die Mehrheit der SPD für die notwendige Zweidrittelmehrheit einer Verfassungsänderung zugunsten der Notstandsgesetze gewonnen werden konnte. Im Programm der HSU verdichtete sich diese kritische Befürchtung in den Sätzen: »Die HSU plädiert für eine ‚offene Gesellschaft‘ – eine Gesellschaft, in der jedem einzelnen weitestgehende Freiheit zur individuellen Lebensgestaltung garantiert ist; denn Ausrichtung und ‚Formierung‘ der Gesellschaft auf die Wertvorstellung und Interessen einer Gruppe führt zur Unterdrückung der übrigen Gruppen. Wir wenden uns gegen ein Staatsverständnis, das den Staat der Gesellschaft gegen- und überordnet, das ein angebliches Staatsinteresse gegen die Rechte der Bürger ausspielt. Deshalb bekämpfen wir entschieden alle Notstandsgesetze und Formierungspläne, die die Grundrechte antasten und die Demokratie bedrohen.«⁹

1. *Opposition gegen die Notstandsgesetze*

Die Methode des »Bekämpfens«, wollte sie ernst genommen werden, setzte auch die Bereitschaft zur politischen Aktion voraus. Dies bedeutete, daß sich im Laufe der Zuspitzung einer Notstandsregelung im Grundgesetz auch die HSU Bündnispartner aus dem gesamten Oppositions-»Lager« suchte und zum Beispiel die Kongresse »Demokratie vor dem Notstand« am 31. Mai 1965 in Bonn und »Notstand der Demokratie« am 30. Oktober 1966 in Frankfurt am Main mitveranstaltete. Die dreißig Hochschulgruppen an allen wichtigen Universitätsstädten mit ihren über eintausend Mitgliedern betrieben Aufklärungsaktionen mit den bekannten juristischen und politikwissenschaftlichen Kritikern der Notstandsgesetze wie Heinrich Hannover, Jürgen Seifert, Eugen Kogon, Wolfgang Abendroth, Helmut

⁹ *HSU-Faltblatt*, hrsg. von H.-J. Schmidt, Marburg 1966. Hermann-Josef Schmidt war der erste Bundesvorsitzende der HSU (1964–66), ihm folgten Ulf Homann (1966–67), Klaus Kreppel (1967–68) und Michael Grupp (1968–1970).

Ridder, Ossip Flechtheim, Ulrich Klug oder Werner Maihofer, die zum Teil selber Mitglieder in der Humanistischen Union waren oder dem »Freundeskreis der HSU« angehörten. Sobald der spätere dritte Bundesvorsitzende der HSU als »politischer Referent« im Frankfurter AStA mitarbeitete, organisierte er als eine Art Vorstufe der »Kritischen Universität« eine »Notstandswoche« in der Frankfurter Universität vom 19. bis 23. Juni 1967 mit Befürwortern und Gegnern, ganz im Sinne des programmatischen Impetus der HSU: »Abwehr aller Tendenzen, die an die Stelle der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung, wie sie das Grundgesetz von 1949 vorsieht, eine weltanschaulich gebundene Ordnung setzen wollen«¹⁰. Entsprechend der HSU-Tradition klassischer Aufklärung kam es jeden Abend vor vollen Auditorien (meist in Hörsaal VI der Frankfurter Universität) zu Pro- und Contra-Debatten mit MdBs aller Parteien, Wissenschaftlern und Studentenvertretern von SDS bis RCDS. Auf den Podien und vor allem unter den Zuhörern machte sich das Übergewicht der Gegner einer Notstandsgesetzgebung als Folge eines deutlichen emotionalen Politisierungsschubes durch die Ereignisse des 2. Juni 1967 in Berlin bemerkbar. Der tödliche Schuß auf den Studenten Benno Ohnesorg durch den Kripo-Beamten Karl-Heinz Kurras wurde als symptomatisch für den gesamten Polizeieinsatz anlässlich des Schah-Besuches interpretiert. Die Beispiele für das »Knüppelfrei« ohne zwingenden Anlaß und ohne Vorwarnung an die Demonstranten ließen die »Konturen eines Polizeistaates«¹¹ erkennen. Der Notstands-Staat war sinnlich antizipiert worden. Die Sommer-Semesterferien dienten vielen Studentenvertretern zur kritischen Bestandsaufnahme und zur Strategie-Diskussion auch im internationalen Maßstab. Die Sommerschulen in Svatka (CSSR) oder auf Korcula (Jugoslawien) boten unter anderen geeignete Foren.

Am 6. Oktober 1967 lud die »Kampagne für Abrüstung« (KfA) zu einer Koordinationssitzung mit studentischen Vertretern über Anti-

10 Ebd.

11 »Knüppel frei«, in: *Der Spiegel*, vom 12.6.1967 mit zahlreichen Augenzeugen-Berichten. Weitere Augenzeugen-Berichte (u.a. von J. Zimmer, in: *Die Zeit* vom 9.6.67) in: K. Nevermann (Hrsg.), *Der 2. Juni 1967*, Köln 1967, S. 12ff.

Springer- und Anti-Notstands-Aktionen ein. Dieses Datum wurde später in der historisch-wissenschaftlichen Aufarbeitung als Beginn einer »Koalition der KfA mit sozialistischer und linksliberaler Studentenopposition« eingeschätzt.¹² Die Studentenvertreter vereinbarten, gemeinsam mit der »Kampagne für Abrüstung« und dem »Kuratorium Notstand der Demokratie«, ein »Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze« vorzubereiten. Die gesamte Organisation des »Manifestes« wurde dem Politischen Referenten des Frankfurter AStA und HSU-Vorsitzenden übertragen.

In den Text packte die Gruppe der Autoren die Hauptargumente gegen die Notstandsgesetze und begründete ihr »politisches Mandat«: »Der Rückzug der Hochschulen vom politischen Alltag und das Votum eines Teils der deutschen Akademiker für reaktionäre und faschistische Strömungen hat den Untergang der ersten deutschen Republik mitverschuldet. Wissenschaft, die sich den politischen Kämpfen der Zeit autoritär gegenüberstellt, gibt ihr Prinzip humanitärer Rationalität auf. Dagegen setzen wir unsere von kritischer Vernunft geleitete politische Aktion.«¹³

Gerade der letzte Satz deutet darauf hin, daß auch die HSU ihre Handschrift in diesem Manifest hinterlassen hat. Allerdings verließen manche Formulierungen wieder den anfangs postulierten Weg der »kritischen Vernunft« und instrumentalisieren diesen Begriff zu einer Art Glaubensbekenntnis, das man als unanfechtbare Legitimation voranstellte. Manche Formulierung blieb sehr plakativ und pauschal, wie »scheindemokratisches Schnellverfahren«, mit dem ein »Programm der totalen Militarisierung des öffentlichen und privaten Lebens« umgesetzt werden sollte. Die Abgabe der Gesetzgebungs-

12 K.A. Otto: *Zur Geschichte und politischen Soziologie der »Außerparlamentarischen Opposition« in der Bundesrepublik Deutschland*, Bielefeld 1975, S. 319. Von der »Kampagne für Abrüstung« waren anwesend: Christel Beilmann, Arno Klönne, Helmut Schauer und Klaus Vack. Klaus Kreppel nahm als offizieller Vertreter des Frankfurter AStA und als Mitglied der HSU an diesem Treffen teil. Neben zahlreichen Allgemeinen Studentenausschüssen waren auch die Verbandsvertreter des SDS, Karl Dietrich Wolff, des SHB, Erdmann Linde, und des LDS, Thomas Hartmann, anwesend. Protokoll abgedruckt in: ebd., S. 467, Anm. 65.

13 *Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze*, hrsg. vom Politischen Referenten (K. Kreppel) des AStA, Frankfurt/M. 1967, S. 1.

befugnis an einen kleinen »Gemeinsamen Ausschuß« des Bundestages wurde mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 verglichen, obwohl dieser Ausschuß die legislative Gewalt behalten sollte, während das Ermächtigungsgesetz diese Gewalt ausschließlich der Exekutive übertrug. Das Fehlen derartiger Differenzierungen hielt denn auch manche »linksliberalen« Wissenschaftler davon ab, ihre Unterschrift zu geben. Der Text wurde mehr oder weniger von der Stimmung des Zeitgeistes des Jahres 1967 geprägt, in welchem der Militärputsch im NATO-Mitgliedsstaat Griechenland vom 21. April 1967 und die Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 als Beispiele für realen »politischen Notstand« dienten. Mit ihrer Mitwirkung am »Manifest« verließ die HSU ihre bisherige politische Methodik der »Denkschriften« und »Memoranden« und beschränkt den Weg eindeutiger politischer Parteinahme, ja sogar einer Art »öffentlichen Bekenntnisses« mit einem, wenn auch noch immer immanenten, pro-parlamentarischen, Aufforderungscharakter, der wiederum die Kritik einiger »basisdemokratischer« SDS-Aktivisten hervorrief: »Wir werden bei den nächsten Wahlen zum Deutschen Bundestag keinem Abgeordneten unsere Stimme geben, der für diese Verfassungsänderung stimmt. Wir rufen alle Demokraten auf, dies den Parteien und Abgeordneten unmißverständlich zu erklären.«¹⁴

Zu den Erstunterzeichnern gehörten neben dem Politischen Referenten des Frankfurter AStA zahlreiche AStA-Vorsitzende deutscher Universitäten und Studentenführer wie Elmar Altvater, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefèvre, Rolf Pohle, Karsten Voigt oder K.D. Wolff, die Universitätsprofessoren Wolfgang Abendroth, Karl Otmar von Aretin, Hans Albert, Hans-Werner Bartsch, Frank Crüsemann, Frank Deppe, Klara Maria Faßbinder, Gerhard Gollwitzer, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Kremers, Wilhelm Leibbrand, Heinz Maus, Hans Mayer, Alexander und Margarethe Mitscherlich, Oskar Negt, Claus Offe, Renate Riemeck, Helmut Ridder, Jürgen Seifert, Karl Schlechta, Ursula Schmiederer, Hans-Gerd Schumann, Gertrud Weismantel und Ernst Wolf.

14 Ebd., S. 3.

Bis kurz vor Weihnachten 1967 kamen cirka 300 Unterschriften von Hochschullehrern und Assistenten sowie von über 30 000 Studenten aus der ganzen Bundesrepublik und Berlin an den Frankfurter AStA zurück. Dieser lud zusammen mit dem HSU-Bundsvorsitzenden für den 19. Dezember 1967 zu einer Pressekonferenz ein, bei der die Studentenvertreter eine Zwischenbilanz der Unterschriftenaktion und einen Briefwechsel mit Martin Hirsch, dem Rechtsexperten der SPD und späteren Verfassungsrichter, präsentierten. Martin Hirsch, selbst Beiratsmitglied der Humanistischen Union, hatte dem Frankfurter AStA in einem Brief vom 16. November 1967 versichert, »wenn ich nicht Mißverständnisse befürchten müßte, würde ich Ihren Aufruf gern unterschreiben. Deshalb schreibe ich Ihnen meine Auffassung lieber genau.« Hirsch interpretierte die Bedenken des »Manifestes« als Kritik am bisherigen Regierungsentwurf, stimmte ihr »in der Sache« auch weitgehend zu und versicherte den Autoren und Unterzeichnern des »Manifestes«, daß der »vorliegende Entwurf das Parlament nicht so verlassen wird, wie er hereingekommen ist«. Dabei sah Martin Hirsch »die Hauptaufgabe der Volksvertretung« darin, »Gesetzesentwürfe der Regierung auf ihre Tauglichkeit und rechtsstaatliche Vertretbarkeit hin zu überprüfen.« Abschließend lud Martin Hirsch die Autoren des Manifestes zu einer Diskussion mit dem Arbeitskreis Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion nach Bonn ein.¹⁵ In einem Antwortbrief vom 13. Dezember 1967 stellten die Studenten die Bedingung nach öffentlicher Diskussion mit der SPD und übten Kritik an der »entlarvenden« Formulierung Martin Hirschs über die Funktion des Parlaments, Entwürfe der Regierung zu prüfen. Unter Verweis auf Art. 76 Abs. 1 des GG erklärten sie, daß das Parlament »eben nicht nur ein Prüfungsausschuß der Gesetzesvorlagen der Regierung«, »sondern durch Gesetzgebung selbst politisch handelnde Vertretung des souveränen Volkes« sei. Dann folgt eine polemische Interpretation: »Aber wir haben Verständnis dafür, wenn Sie in der Wirklichkeit Bonns allmählich dazu übergehen, das Parlament als Handlanger der Regierung zu verstehen, und dem entspricht

¹⁵ Martin Hirsch MdB an AStA Frankfurt, z. Hd. Klaus Kreppel, vom 16.11.1967.

ja auch die Konzeption des Gemeinsamen Ausschusses im Notstandsverfassungsentwurf der Bundesregierung.«¹⁶

Am ausführlichsten berichtete Anton Andreas Guha in der *Frankfurter Rundschau* vom 20.12.1967 über die Präsentation der Unterschriften für das »Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze«¹⁷, aber auch die übrige Frankfurter und bundesweite Presse informierte darüber.¹⁸ Martin Hirsch fühlte sich daraufhin von der FR bitter enttäuscht, weil sie geschrieben hatte, daß der »stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Arbeitskreises Rechtswesen der Fraktion und dazu noch Rechtsanwalt« sich von Studenten in Rechtsfragen habe »belehren lassen« müssen.¹⁹ Der HSU-Vorsitzende konterte in einem Leserbrief mit Beispielen für die These vom »Handlanger der Regierung«²⁰ und betonte noch einmal die studentische Absicht: »Durch unseren Druck wollen wir

16 Klaus Kreppel, Pol. Referent des AStA Frankfurt, an MdB Martin Hirsch vom 13.12.1967. – Die datenmäßigen Grundlagen für die Parlamentarismuskritik des

HSU-Vorsitzenden wurden dem bei Szczesny verlegten epochemachenden Werk von G. Schäfer und C. Nedelmann, *Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik*, München 1967 entnommen. Der Jurist und Mediziner Carl Nedelmann war Gründungs- und Beiratsmitglied der HSU.

17 FR vom 20.12.1967: »Über 30 000 Professoren und Studenten protestieren. Vorläufige Bilanz der Hochschul-Aktion gegen Notstandsgesetzgebung/SPD stimmt Kritik ‚in der Sache‘ zu«.

18 FAZ vom 20.12.1967: »Das Hochschul-Manifest gegen die Notstandsgesetze«. – FNP vom 20.12.1967: »Schon 30.000 Unterschriften«. – *Die Welt* vom 20.12.1967: »30 000 Unterschriften gesammelt – Studenten und Professoren versuchen Druck auf Abgeordnete«. – *Münchener Abendzeitung (AZ)* vom 20.12.1967: »Zehn Prozent der Hochschullehrer gegen Notstandsgesetze - Manifest mit über 30.000 Unterschriften«.

19 M. Hirsch, »Kein Handlanger der Regierung«, in: FR vom 22.12.1967 (»Freie Aussprache«).

20 Beispiele für Übergewicht der Gesetzesinitiativen der Exekutive und ihrer hohen Erfolgsquote aus Th. Ellwein, *Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland*, Köln-Opladen 1965, S. 610. Thomas Ellwein selbst war ebenso wie Martin Hirsch Beiratsmitglied der HU, eine Konstellation, die vom HSU-Bundvorsitzenden als typisches Beispiel für die »liberale« Unverbindlichkeit der Humanistischen Union angesehen wurde. Dies war übrigens auch ein Grund für die HSU, sich im Laufe des Jahres 1968 von einem linksliberalen zu einem libertär-sozialistischen Verband zu entwickeln (siehe unten Ziff. 2: Die Diskussion eines neuen »Grundsatzprogrammes« der HSU).

versuchen, aus dem Parlament wieder das zu machen, was es war: verlängerter Arm des Volkes«²¹

Die Oster-Unruhen 1968, einmal als spontane Reaktion auf den Mordanschlag auf Rudi Dutschke verstanden, andererseits von einem »gewissen Koordinierungssystem« durch den SDS begleitet (SDS-Aussage)²², sind zwar nicht Gegenstand dieser Untersuchung, können jedoch als weitere politische Sozialisationsstufe – auch für den Studentenverband HSU – nicht ausgeklammert werden. Die HSU nahm die Fernsehansprache von Bundeskanzler Kiesinger vom Oster-samstag zum Anlaß, ihn in einem »Offenen Brief«, ganz im traditionellen »Memorandum«-Stil der Mutterorganisation HU, auf die Versäumnisse der Bundesregierung angesichts der Pressekonzentration und der Vernachlässigung ihrer Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung hinzuweisen: »Der Bundesvorstand der HSU hält daher Auslieferungsverhinderungen für verständliche Aktionen gegen die systematische Meinungsmanipulation in unserem Staate. Er kann sich daher nicht, wie Sie, Herr Bundeskanzler, es verlangt haben, davon distanzieren.«²³ Daraus formulierte der Vertreter des Bundeskanzlers in der Antwort sein Bedauern, »daß der Bundesvorstand der HSU sich nicht von den gewaltsamen Aktionen zur Verhinderung von Zeitungsauslieferungen distanziert«.

Ohne die Erfahrungen dieser als »generalstabsmäßig« eingestuften Anti-Springer-Blockaden lassen sich zum Beispiel die späteren Forderungen Hans-Jürgen Krahl's auf dem Notstands-Teach-in in Bonn nicht erklären. Von den auf die Notstandsgesetze bezogenen Aktionen lassen sich, abgesehen von manchen Koordinierungstreffen mit der Kampagne für Abrüstung oder dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), exemplarisch die »Sternfahrt« nach Bonn am 11. Mai 1968, an der sich zwischen 50.000 und 70.000 Menschen²⁴

21 K. Kreppel, »Kein Handlanger der Regierung«, in: FR vom 29.12.1967 (»Freie Aussprache«).

22 Spiegel-Gespräch mit den SDS-Vorsitzenden Karl Dietrich und Frank Wolff, in: *Der Spiegel* vom 22.4.1968, S. 36.

23 Offener Brief des Bundesvorsitzenden der HSU, Klaus Kreppel, an Bundeskanzler Kiesinger vom 15.4.1968. – Der Bundeskanzler ließ den Brief durch den Chef des Bundeskanzleramtes am 14.5.1968 beantworten.

24 20.000 nach Polizeiangaben, 50.000 laut *BILD* und 70.000-80.000 nach Angaben

beteiligten, und die Aktionen Ende Mai/Anfang Juni an der Universität Frankfurt erwähnen. Auf dem **Teach-in des SDS am 11.5.1968** in Bonn, auf dem auch der HSU-Vorsitzende mit einem solidarisierten Beitrag und einem Streik-Appell zu Worte kam²⁵, wurde vor allem die Frage nach einem »Generalstreik« anlässlich der zweiten und dritten Lesung der Notstandsgesetze am 16. und 30. Mai 1968 erörtert. Der SDS-Theoretiker Hans-Jürgen Krahl hielt die Form der Veranstaltung im Bonner Hofgarten mit den Appellen und Reden Heinrich Bölls, Erich Frieds, Georg Benz' (IG-Metall), Wolfram Dorns (FDP-MdB) und des HSU-Mitglieds Christoph Ehmann (VDS) für einen »politischen Rückfall hinter Ostern«²⁶. Der Tendenz des Parlamentes, durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze sich selbst zu liquidieren, könne nur noch »kämpferischer Widerstand« nach dem Vorbild des »Quartier Latin« entgegengebracht werden. Die beiden Aussagen Krahls, die Kritik und Forderung umfassen, ließen sich eigentlich nur so verstehen, daß zumindest die »Qualität« der Osterunruhen wiederholt, wenn nicht gar überholt werden sollte. Rufe nach »Generalstreik«, »Vorlesungsstreik«, »Schulstreik« wurden laut und von den SDS-Rednern Roth und von Heiseler unterstützt. Die Forderung nach »Generalstreik« schloß nach klassisch-marxistischem Selbstverständnis die Solidarität mit den organisierten Arbeitnehmern ein, jedoch hatte gerade der DGB mit seiner getrennten Anti-Notstandskundgebung am gleichen Tag in Dortmund seine Distanz zur Bonner Sternfahrt bekundet. **Wolfgang Abendroth jedoch sah in seinem Diskussionsbeitrag auf dem Bonner Teach-in in der Klassensolidarität mit den Arbeitnehmern eine notwendige Voraussetzung für einen »Generalstreik«** – als Mittel des Kampfes gegen die Notstandsgesetze sei er zwar grundsätzlich legitim, aber die Massenbasis für einen politischen Generalstreik »noch nicht« gegeben.²⁷ Möglicherweise wurden die Zweifel des Politik-Professors am historisch-gesellschaftlichen Reifeprozess für die Durchführung eines Generalstreiks bei den über tausend Besuchern des Teach-ins in der Bonner Beethovenhalle

der Veranstalter; vgl. *Göttinger Nachrichten* vom 21.5.1968, S. 1.

25 Vgl. ebd.

26 Zit. n. ebd.

27 Zit. n. ebd.

zugunsten seiner abstrakten Legitimitätsbekundung zurückgestellt. Studentischer Kommentar: »Die Erwägung eines Generalstreiks ist nötig und akut angesichts der zahlreichen Befräftigungen, daß die Abgeordneten sich nicht von der Opposition gegen die Gesetze beeinflussen lassen werden. Die Schwierigkeit bei der Durchführung einer solchen Aktion liegt darin, daß die Gewerkschaften der Manipulation der Arbeitnehmer jahrelang zugesehen haben oder ihr doch nicht energisch genug entgegengetreten sind.«²⁸ Als Folge dieser Kritik ließ sich bei Teilen der Studentenbewegung eine Art studentischer **Substitutionsprozeß für das verlorengegangene revolutionäre Subjekt** beobachten, ein Verhalten, welches wenige Tage später von Jürgen Habermas auf dem Frankfurter VDS-Kongreß »Politik – Protest – Widerstand«²⁹ auf Kritik stieß. In seiner vierten These sprach Habermas von studentischen Handlungsmaximen, die aus »falschen« Interpretationen abgeleitet worden seien. Dazwischen liegen aber noch Ereignisse auf dem Frankfurter Campus, die die empirische Grundlage für Habermas' »Scheinrevolution und ihre Kinder«³⁰ lieferten. Die Universität Frankfurt wurde in der zweiten Maihälfte des Jahres 1968 zum exemplarischen Austragungsort eines Vorlesungsstreiks mit Gegenorganisation einer »Kritischen Universität«, an der sich alle Studentenverbände, einschließlich der HSU, beteiligten.³¹

Die Idee von »Streiks« schien zunächst breit gefächert. Selbst die FR sammelte die unterschiedlichsten Resolutionen zur Bestätigung ihrer These, daß »die Unruhe über die bevorstehende Verabschiedung der Notstandsgesetze alle Bevölkerungskreise erfaßt« habe.³²

28 Jockel (anonym): »Kein Generalstreik. Nur defensive Entschlossenheit beim DGB« (ebd.).

29 Dieser Kongreß wurde vom VDS, der HSU und dem AUSS vorbereitet und durchgeführt.

30 J. Habermas, »Die Scheinrevolution und ihre Kinder«, in: »Außerparlamentarische Opposition«. *Informationen für Demokratie und Abrüstung*, Nr. 59, Offenbach 1968, S. 8.

31 »Der Bundesvorstand der HSU erklärte, er unterstütze den geplanten Streik an der Frankfurter Universität, und forderte alle Hochschulgruppen der HSU auf, an den anderen Universitäten ähnliche Aktionen durchzuführen.« (»Demokratie durch Streik retten«, in: FR vom 22.5.1968).

32 »Proteste und Resolutionen. Stimmen gegen Notstandsgesetzgebung mehren sich«, in: FR vom 25.5.1968.

Mitglieder von IG-Metall, IG Druck und Papier und der IG-Chemie aus den Farbwerken Hoechst kritisierten das Verhalten ihrer Spitzenvertreter und forderten unter anderem »punktuelle Schwerpunkstreiks«. ³³ »Auch Professoren plädieren für Arbeitsniederlegungen«, kündete die FR am 17.5.1968 auf ihrer Titelseite an. »Studenten planen Hungerstreik«, meldete die FR am gleichen Tag aus Marburg. Der von VDS und allen studentischen Hochschulgruppen zum 15. Mai 1968 ausgerufene Streiktag wurde an fast allen Universitäten der Bundesrepublik befolgt, wobei sich mehrere AStA-Vertreter »enttäuscht über das politische Interesse ihrer Kommilitonen zeigten« ³⁴. In Frankfurt dagegen wurde der Streik sogar um einen Tag verlängert, aber schließlich auf einem Teach-in am 16. Mai mit großer Mehrheit beendet, nachdem der SDS-Theoretiker Krahl sich für eine Streikpause bis zum 30. Mai, dem Vortag der dritten Lesung, ausgesprochen hatte. Krahl hielt dabei am Begriff des »Generalstreiks« fest, obwohl auch hier ein Politologie-Professor, nämlich das HU-Mitglied Thomas Ellwein, zum behutsamen Umgang mit diesem Begriff aufgefordert hatte. ³⁵ Der Gedanke, mit dieser Aktion eine Vorreiterfunktion für einen allgemeinen Generalstreik durch die Gewerkschaften wahrzunehmen, wurde nun vom Frankfurter AStA selbst aufgenommen. In einem Flugblatt hieß es: »Wir müssen uns fragen, auf welche Weise die Gewerkschaften ihre Mitglieder vor ungerechten Arbeitsdienstverpflichtungen, Beschlagnahmungen u.ä. schützen wollen, wenn sie nicht jetzt schon bereit sind, die Lohnabhängigen in der BRD zu einem Generalstreik zur Verhinderung eben solcher Praktiken aufzurufen.« ³⁶

Die zunehmende Beunruhigung und Politisierung, die mit der zweiten Lesung der Notstandsgesetze verbunden war, führte bereits

33 Über das Scheitern des Versuches der studentischen Protestbewegung, die Gewerkschaften zur Übernahme ihrer Aktionsformen zu bewegen siehe J. Seifert, »Die Spaltung der Notstandsopposition ...«, in: G. Küsel (Hrsg.), *APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch*, Berlin 1978, S. 53.

34 »Studenten planen Hungerstreik«, in: FR vom 17.5.1968.

35 »Universitäts-Streik wurde gestern beendet«, in: FR vom 17.5.1968 (»Stadt-Rundschau«).

36 Flugblatt des AStA der Uni Frankfurt (verantwortlich H. Welkoborsky und H.J. Birkholz).

am 22. Mai 1968 zu einem Streikbeschluß der Vollversammlung aller Studenten auf dem Frankfurter Universitätsgelände für den darauffolgenden Freitag, den 24. Mai. Vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) mußten sich die linken Studentenverbände belehren lassen, daß laut »Satzung« eine Urabstimmung für den Streik zwanzig Tage vor den Aktionen beginnen müsse. Darüber setzte sich aber die Mehrheit der Studenten hinweg und ließ ihren Streikbeschluß lediglich durch das Studentenparlament legalisieren. Aus den zum Teil gewalttätigen Erfahrungen des ersten Streikes um die Verbarrikadierung der Universitätszugänge stellten die versammelten Studenten mehrheitlich jedoch die Bedingung, auf Wiederholungen derartiger Aktionen zu verzichten. Dem Streikkomitee traten alle sozialistischen bis linksliberalen Studentenverbände bei. Eine Polarisierung gegenüber den Studenten der politischen »Mitte« wurde in Kauf genommen, Diffamierungen als »rechtsradikal« oder »faschistisch« waren bereits während des ersten Aktionstages am 14. Mai gegen Streikgegner in Umlauf gesetzt worden. Ein Aktionskomitee Demokratischer Studenten (ADS) hatte sich daher als »Notgemeinschaft« gebildet, welches zum Besuch der Vorlesungen, aber zu »kritischen und sachgerechten Diskussionen« während der Lehrveranstaltungen aufforderte. Hatte die politische »Mitte« nun das Vakuum an Aufklärungsmethoden des Linksliberalismus, also bislang typische HSU-Funktionen, übernommen? Diese Problematik mußte in der HSU-Gruppe diskutiert werden, ehe sie sich nach längerem Zögern entschied, dem Streikkomitee beizutreten und dort selbst eine kritisch-überprüfende Funktion bei der Umsetzung des Streikbeschlusses, um die es bald Kontroversen gab, zu übernehmen. Die SDS-Vertreter im Streikkomitee sprachen sich nach wie vor für Streikketten und Barrikaden mit einer völligen Sperrung der Universität aus. Die HSU-Vertreter billigten nur Streikposten, die sich jeder physischen Behinderung der Studierwilligen enthalten sollten.³⁷ Also einigte man sich auf folgendes Vorgehen: »Wir blockieren die Universität, jedoch halten wir uns an den Beschluß der Studentenschaft und verbarrikadieren die Eingänge nicht.« Es gab zwar keine »Streikketten«, dafür aber wurden

³⁷ »Neuer Uni-Streik am Freitag?«, in: FNP vom 22.5.1968.

»Streikposten« an alle Universitätseingänge gestellt. Aus den »Studierwilligen« wurden »unverbesserliche Fachidioten«, für die ein einziger Eingang zur Universität freigehalten, aber durch ein »Sit-in« blockiert werden sollte, »um auch sie zu einer Reflexion ihres unpolitischen Verhaltens zu zwingen.«³⁸ Der heutige historische Betrachter muß diese Formulierung selbst als zynisch entlarven, da sie als »*contradictio in adjecto*« gegen das Prinzip der Aufklärung unter den Bedingungen der Repressionsfreiheit verstieß und auch als Aushöhlung des Mittels der begrenzten Regelverletzung selbst zu verstehen war, wonach ein »heilsamer Schock« ein »erstauntes Nachdenken über Routinen« verursachen sollte.³⁹ In einer emotionsgeladenen Stimmung war »Reflexion« kaum möglich. Die HSU-Vertreter im Streikkomitee konnten es auch nicht verhindern, daß Aktivisten gegen die Streikposten wiederum als »rechtsextremistische Schlägertrupps« diffamiert wurden. Nach einem politisch-dichotomen Weltbild, dem sich zeitweise auch »linksliberales« Denken nicht mehr entzog, wurde schließlich nur noch zwischen »Notstandsgegnern« und »Notstandsbefürwortern« unterschieden. LSD, SHB, SDS und HSU legten am 27.5. der nun permanent tagenden Vollversammlung der Studenten auf dem Campus der Universität eine Resolution vor, die mehrheitlich angenommen wurde: »Die versammelten Studenten beschließen, die Schlüsselgewalt der Universität zu übernehmen und zunächst in dieser Woche eine politische Universität, das heißt Arbeitsseminare und Vorlesungen, die die politische Situation diskutieren und die theoretischen Grundlagen für Widerstandsmaßnahmen erarbeiten, aufzuziehen.«⁴⁰ Für die Tage des Universitätsstreiks in Frankfurt wurde eine »Kritische Universität« mit fünf Sektionen⁴¹ organisiert, die am 1. und 2. Juni in einen vom VDS, der HSU und dem Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS) bundesweit organisierten Kongreß »Politik – Protest – Widerstand« einmünden sollte.

38 Zitate aus den *Streiknachrichten 1*, einem Flugblatt des Streikkomitees.

39 Vgl. Habermas (wie Anm. 30), S. 7.

40 Flugblatt von LSD-SHB-SDS-HSU/Streikkomitee vom 27.5.1968, 12 Uhr.

41 Sektion I »Autoritärer Staat und Faschismus« mit Referenten Agnoli und Abendroth; Sektion II »Geschichte und Gewalt« mit Referenten Negt, Krahl, Grunenberg; Sektion III »Analyse der BRD – Zur politischen Theorie der APO«

Die Situation an der Frankfurter Universität eskalierte, als einige Aktivisten des SDS in der Nacht vom 29. auf den 30. Mai das Rektorat und das Wissenschaftliche Prüfungsamt der Universität stürmten und verwüsteten und somit die »Repression« der etablierten Staatsmacht provozierten. Denn Polizeikräfte räumten daraufhin das Rektorat und hielten die Universität besetzt. Die Situation unter den streikbereiten studentischen Gruppen spitzte sich zu. Einerseits hatten die Rektoratsverwüster mit der heraufbeschworenen Polizeibesetzung der Universität noch einmal ein Lehrbeispiel für künftig praktizierten Notstand sinnlich erfahrbar gemacht. Andererseits hatten die Provokateure selber die Legalität und Legitimität, die sie durch die studentischen Beschlüsse der permanenten Vollversammlung erhalten hatten, durchbrochen. Ein Prozeß der Differenzierung innerhalb der linken Studentengruppierungen wurde eingeleitet. Vertreter der GEW-Hochschulgruppe, des LSD und der HSU nahmen wieder die »kritische Funktion« der Linksliberalen wahr und verfaßten folgende Erklärung: »Die genannten Verbände halten die Disziplinlosigkeit während der vergangenen Nacht in Rektorat und Prüfungsamt, die ohne Zusammenhang mit einer Strategie der Veränderung von Universität und Gesellschaft stehen, für die Haltung unreflektierter Einzelgänger. Die Aktionen entbehren jeder Legitimierung seitens der Studentenschaft. Sie werden daher von uns verurteilt. Wir erwarten, daß in Zukunft die Entscheidungsprozesse durch die Studenten kontrolliert und in koordinierter Form vorgenommen werden.« Die drei Gruppen wiesen den Versuch der SPD-Landesregierung, die Verwüstung des Rektorates zum Aufhänger für eine Diskreditierung der studentischen Ziele als »Springer-Methoden« zurück und forderten eine sofortige Räumung der Universität von Polizeikräften, um die »kritische Universität« und den »Studenten- und Schülerkongreß« ungehindert durchführen zu können.⁴²

mit Referenten Blank, Hirsch, Mohl, Offe, Meschkat u.a.; Sektion IV »Politisierung der Wissenschaft« mit Referenten Bartsch, Oevermann, Brückner u.a.; Sektion V »Psychoanalyse und Politik« mit Referenten Horn, Reiche, Berndt und Mahler. Siehe »Vorlesungsverzeichnis« des Streikkomitees.

42 Flugblatt des LSD, der GEW und der HSU vom 30.5.1968 (verantwortlich: Murck, Thelen, Kreppel).

Beim Vortragen ihrer Erklärung ernteten die Verfasser seitens der aktionistischen Studenten Pfiffe, aber auch Beifall mischte sich darunter. Jürgen Habermas nahm das Flugblatt von LSD, GEW und HSU zum Anlaß, während eines Statements auf dem Campus auf pathologische Züge der Besetzungsaktion hinzuweisen. »Wie die Vorgänge in den Räumen der Frankfurter Universität während der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag unmißverständlich zeigen, verwechseln einige führende Akteure den virtuellen Vorgang einer Universitätsbesetzung mit einer faktischen Machtergreifung. Eine so gravierende Verwechslung von Symbol und Wirklichkeit erfüllt den klinischen Tatbestand der Wahnvorstellung.«⁴³ Die kritische Hinterfragung des blinden Aktionismus durch die linksliberalen Studentengruppen hatte in Jürgen Habermas eine theoriebezogene Basis erhalten. Ein Prozeß der Differenzierung und Besinnung war eingeleitet worden.

2. Die Diskussion eines neuen »Grundsatzprogrammes« der HSU

Die HSU hatte eine Chance erhalten, innerhalb der Linken das kritisch-hinterfragende Gewissen zu übernehmen. Würde sie diese Chance wahrnehmen oder verspielen? Diese und ähnliche Erwartungen stellte die nicht-sozialistische Linke an den HSU-Kongreß im August 1968 in Frankfurt. Hier wurde die im Laufe des Jahres 1968 begonnene theoretische Programmdiskussion fortgesetzt, die jedoch sehr realitätsabgehoben unter den Verbandsfunktionären und Experten der HSU geführt wurde, während ihre praktische Durchschlagskraft allmählich durch einen Mitgliederschwund – wie übrigens in allen traditionellen Studentenorganisationen zugunsten fachschaftsbezogener Basisgruppen – paralyisiert wurde.

Erster symbolhafter Ausdruck eines Scheiterns des bisherigen Aktionismus war die »gähnende Leere«⁴⁴ in der Frankfurter Festhalle

43 Seine Ausführungen faßte Habermas dann in fünf Thesen auf dem »Studenten- und Schülerkongreß« am 1. Juni zusammen. Vgl. Habermas (wie Anm. 30), S. 9. – Diese Thesen erschienen, um eine These erweitert, mit den Gegenbeiträgen in: W. Abendroth u.a., *Die Linke antwortet Jürgen Habermas*, Frankfurt/M. 1968.

44 FR vom 4.6.1968: »Gähnende Leere herrschte am Samstagmittag im weiten Rund der Festhalle, denn statt der erwarteten rund 10.000 Teilnehmer zum Kongreß

zum Auftakt des mit der HSU geplanten »Widerstandskongresses« Anfang Juni 1968. Statt der erwarteten 6000 bis 7000 Teilnehmer waren nur knapp tausend der Einladung nach Frankfurt gefolgt. Schließlich blieb die Universität als Tagungsort des VDS-Kongresses über Pfingsten 1968 noch immer von der Polizei besetzt. Und das kurzfristige Ausweichen in die Frankfurter Messehalle – dank des Einsatzes von Frankfurts SPD-Oberbürgermeister Walter Möller – hatten wohl viele Studenten und Schüler aus der übrigen Bundesrepublik nicht mehr mitbekommen.

Mit den Erfahrungen dieses »partiellen Scheiterns« eröffnete der HSU-Bundesvorsitzende die 5. Delegiertenversammlung am 31.7.1968 in Frankfurt. Unter der Überschrift »Die nichtsozialistische Linke hat keine Heimat mehr« zog die Frankfurter Rundschau am 6. August 1968 eine realistische Bilanz dieses Kongresses: »Warum sollte die HSU nicht jene im Ansatz progressiven Studenten ansprechen, die sich von bestimmten Strömungen innerhalb des SDS frustriert fühlen?« fragte der bisherige Bundesvorsitzende Klaus Kreppel zu Beginn. Nach der Verabschiedung eines neuen Grundsatprogrammes zeigen sich allerdings einige Delegierte und Mitglieder von der neuen Strömung, die die künftige Politik der HSU bestimmen soll, frustriert. ‚Wiedererwachsenschancen gibt es für die HSU nur, wenn sie eindeutige Alternativen zu den übrigen progressiven Studentenverbänden aufzeigen kann‘, hatte Kreppel gesagt. Und eben diese Alternativen, insbesondere zum SDS, läßt das neue Programm vermissen.«

Zwar tauchen in dem neuen Programm⁴⁵ alte linksliberale HSU-Forderungen auf, wie »die Verwirklichung der im Grundgesetz von 1949 formal garantierten Rechte einer freien Gesellschaft«, diese werden aber sehr stark mit neomarxistischen und freudianischen Analysen ausgefüllt und mit politischen Postulaten verbunden, die gelegentlich an Politikersatz erinnern: »Wir werden die Anwendung der Notstandsgesetze mit allen Mitteln zu verhindern suchen.« Neomarxistisch wirkt die Analyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft

der Schüler und Studenten hatten sich zu dessen Eröffnung nur 700 bis 800 junge Leute eingefunden«.

45 Die folgenden Programmzitate sind entnommen aus: *Humanistische Studenten Union – Programm*, Faltblatt, hrsg. vom Bundesvorstand der HSU, Frankfurt/M. 1968.

in ihrem Widerspruch von »gesellschaftlicher Produktion« und »privater Aneignung«, auch die Parlamentarismuskritik (Parlament als »Verschleierung der bestehenden undemokratischen Herrschaftsverhältnisse«), Pluralismuskritik (formale Meinungsfreiheit ohne die Reflexion ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit bestätige »das bestehende Herrschaftsgefälle«) und die Verknüpfung von Notstandsgesetzen und ökonomischer Herrschaftsabsicherung. Mit ihrer Forderung nach »Demokratisierung der Wirtschaft«⁴⁶ lehnt sich die HSU an gewerkschaftliche Traditionen an. Die auf »Selbstbestimmung« bezogenen Aussagen zeigen mit ihrer Konzentration auf den »Ödipuskomplex« als »Kernkomplex unserer Gesellschaft« eher freudianische Ansätze, welche an die alte HSU-Linie erinnern. Die »makrosoziologische« Erweiterung des individualpsychologischen Deutungsansatzes der Freudschen Phasentheorie provozierte beim Leser aber eher Kopfschütteln statt Zustimmung. Die HSU formulierte daraus ein gesamtgesellschaftliches Selbstbestimmungspostulat durch »Überwindung von Vater-Imago« und »Mutterbindung« bis hin zur »Aufhebung des gesellschaftlichen Zwanges zur Paarbindung«. Assoziationen an die Frühzeiten sozialistischer Erziehungsmodelle im jungen Sowjetrußland oder im linkssozialistischen israelischen Kibbuz wurden geweckt. Die zitierten Beispiele machen deutlich, daß das neue HSU-Programm den Weg des traditionellen »Linksliberalismus« verlassen hatte, um zwar keinen »orthodoxen« Marxismus, dafür aber eine Art »libertären« Sozialismus zu verkünden, der die Voraussetzungen für Selbstbestimmung in einem »interdependenten Prozeß« zwischen Individuum und Gesellschaft und damit letztlich im »Abbau von Herrschaftsverhältnissen« sah. Hier setzte die HSU durchaus noch Alternativen zu SDS oder SHB. Im Gegensatz zu ihrer Mutterorganisation HU definierte die HSU ihren »Humanismus« aber nicht mehr individual-freiheitlich, sondern »gesamtgesellschaftlich« mit einer ökonomistischen Perspektive, wie etwa in der Aussage: »Humanismus kann nur in einer Gesellschaft verwirklicht werden, die die weitestgehende Entfaltung der Möglichkeiten des Einzelnen in ge-

46 K. Kreppel, »Die Humanistische Studentenunion fordert ‚Demokratisierung der Wirtschaft‘«, in: *Junge Wirtschaft. Zschr. für fortschrittliches Unternehmertum*, Bad Godesberg. 16. Jg., Nr. 5, Mai 1968, S. 162.

«gesellschaftlicher Freiheit erlaubt«, diese »gesellschaftliche Freiheit« aber vor allem im Abbau »ökonomisch bedingter Herrschaftsverhältnisse« sah. »Linksliberalismus« und »libertärer Sozialismus« wurden von der »neuen« HSU jedoch nicht gegeneinander in einem dichotomen »Entweder-Oder« ausgespielt. An den bisherigen bürgerrechtlichen Schwerpunkten wurde festgehalten, diese aber mit einer »gesamtsellschaftlichen« Analyse versehen. Daher legte die HSU auch weiterhin ihren Aktionsschwerpunkt auf die Reform des Bildungssystems, welches »darauf ausgerichtet [ist], wirtschaftlich verwertbares Verfügungswissen bereitzustellen, nicht aber kritische Reflexion der bestehenden Verhältnisse zu ermöglichen«. Die Frage war nur, ob all die »revolutionären« Formulierungskünste, mit denen sich verbandsinterne Dispute, Arbeitsgruppen und weitere HSU-Kongresse beschäftigten, notwendig waren, um eine wie auch immer geratene »reformistische« Praxis zu legitimieren. Dies erinnerte an die Doppelstrategie der Jungsozialisten. Aber im Gegensatz zu diesen wirkte die HSU auf keine große Volkspartei, sondern auf eine expressive Gruppe, die ihren speziellen Schwerpunkt im politischen Segment der Bürgerrechte erfolgreich verteidigt hatte. Würde diese Humanistische Union die Entwicklung der HSU überhaupt mittragen?

Bereits nach Erstellung des Vorentwurfes des neuen Programmes der HSU im Dezember 1967 in Marburg kam es zu Meinungsverschiedenheiten mit dem Gründer und Vorsitzenden der Humanistischen Union, dem Publizisten Gerhard Szczyzny. Dieser hatte seine Vorstellungen über Ziele und Arbeit der HU aus dem Jahr 1963 auch fünf Jahre später gegenüber dem HSU-Vorstand noch einmal deutlich umrissen: »Die Humanistische Union kann sich nicht mit irgendeiner Religion oder Philosophie oder Weltanschauung identifizieren. Sie kann Forum sein für die Einübung eines fairen Gesprächs zwischen den verschiedenen Anschauungen, aber im Glaubensstreit nicht selbst Stellung beziehen. Die Humanistische Union kann und darf sich sodann nicht identifizieren mit irgendeiner der innerhalb unserer demokratischen Anschauungen und Spielregeln möglichen politischen Richtung. [...] Es ist nicht ihre Aufgabe, für diese oder jene Sozial- oder Wirtschaftsordnung einzutreten, es ist nicht ihre Aufgabe, einen pazifistischen Standpunkt zu vertreten, sondern es kann nur ihre Auf-

gabe sein, dafür zu sorgen, daß Pazifisten in unserem Lande unangefochten Pazifisten sein dürfen.«⁴⁷

Einerseits bewunderte die HSU-Generation Szczesnys politischen Altruismus als eine historisch-biographisch durchaus richtige Antwort auf die lange Tradition deutscher Intoleranz gegenüber politischen, weltanschaulichen, kulturellen und sexuellen Minderheiten. Denn indem auch die HU mit ihren hochqualifizierten Juristen dafür gesorgt hatte, daß jeder unangefochten Pazifist sein konnte, war der männlichen Generation der 68er der Verfahrensweg auch ihrer persönlichen Kriegsdienstverweigerung erleichtert worden. Andererseits wirkte das von Szczesny dekretierte politisch-inhaltliche Enthaltsamkeitsgebot lähmend auf die Aktionen der nach neuen politischen Inhalten lechzenden Studenten. »Humanismus« dürfe sich nicht im Bekenntnis zur Bekenntnislosigkeit erschöpfen, sondern müsse mit Programminhalten gefüllt werden. Programme sollten keine bloße Absichtserklärung darstellen, sondern in Aktionen münden. Die postulierten Inhalte und Aktionen wurden – ganz im Trend der 68er – unter dem Primat der politischen Ökonomie definiert, was von Szczesny als neuer Dogmatismus kritisiert wurde. Ihm wiederum warfen die Studenten vor, mit seiner einseitigen Konzentration auf kulturelle Emanzipation die Gefahr des Rückzuges aus dem Kern der Gesellschaft heraufzubeschwören. Szczesny bedauerte öffentlich, »daß die HSU immer mehr in den Sog des SDS gerate«. Die HSU warf dem HU-Papst vor, sein Bekenntnis zur Nicht-Orthodoxie zur neuen Orthodoxie zu erheben, indem er sogar bereit war, gegenüber den jungen HSU-Abweichlern das »Anathema« auszusprechen. »Die Möglichkeit sei für alle Zukunft nicht auszuschließen, daß sich die HU von ihrer Studentenorganisation, der sie im übrigen keine Vorschriften machen könne, einmal werde trennen müssen.«⁴⁸ Es kam zu keinem Konsens zwischen den HSU- und HU-Positionen, aber auch nicht sogleich zum Bruch, denn Bundesvorstandsmitglieder wie Klaus

47 Die *Mitteilungen* der HU (Nr. 163, September 1998) dokumentierten Szczesnys Referat vom 19.9.1963 noch einmal unter »Gerhard Szczesny zum achtzigsten Geburtstag«. Online-Ausgabe humanistische-union.de/hu/nummer_163/066.htm.

48 FR vom 2.2.1968 (»Lokalteil«).

Scheunemann, Gerd Hirschauer oder Fritz Bauer versuchten zu vermitteln. Fritz Bauer, der hessische Generalstaatsanwalt, gehörte zum »Freundeskreis der HSU«⁴⁹, der die inhaltliche Arbeit des Studentenverbandes durch Vorträge und Spenden unterstützte. Auch den Mitgliedern des HSU-Freundeskreises war es besonders angelegen, daß ein Bruch zwischen »Mutter- und Tochterorganisation« vermieden wurde. Nachdem das neue Programm im Herbst 1968 veröffentlicht wurde, setzte sich Leo Derrik, der Bundesgeschäftsführer der HU, grundsätzlich mit dem »ideologischen Antiparlamentarismus« der HSU auseinander.⁵⁰ Nun wurde das Tischtuch zwischen Mutter- und Tochterorganisation endgültig zerschnitten. »Dieser Punkt des HSU-Programmes bricht am eklatantesten mit dem Geist der HU.« Parlamentarismuskritik als solche wird von der HU nicht abgelehnt, im Gegenteil: »Die Diskussion solcher Thesen sollte immer Aufgabe der HU sein, ihre programmatische Fixierung aber würde den Bündnischarakter der HU als radikaldemokratischer Vereinigung gefährden.« Aus der klassischen linksliberalen Perspektive ist die HSU vom »offenen« zum »geschlossenen« Denksystem übergegangen, indem sie das, was sie von ihrem Selbstverständnis her sowieso permanent weiter fortzuschreiben gedachte, zum Programm erhob und sogar in ihrer Satzung verankerte. Die größte Sünde wider den Geist des kritischen Rationalismus, unter dem auch die HSU als linksliberale Organisation angetreten war, bestand aus der Sicht der HU, ebenso auch zahlreicher »altliberaler« HSU-Mitglieder, nicht so sehr in den Inhalten ihrer formulierten Sätze selber, sondern in ihrer Sanktionierung von permanent zu falsifizierenden Gedankengängen elitärer Theoriebesitzer zu sozialverbindlichen Aussagen für eine gesamte Organisation.⁵¹ Hinzu kam noch, daß die Organisation selbst mit ihren über

49 Dem »Freundeskreis der HSU« gehörten außerdem an: die Professoren Ossip Karl Flechtheim, Ulrich Klug, Werner Maihofer, Alexander Mitscherlich, Hans Schäfer, Karl Schlechta, Walter Seitz und Ernst Topitsch; vgl. R. Seeliger, *Die außerparlamentarische Opposition*, München 1968, S. 179.

50 L. Derrik, »Ideologischer Antiparlamentarismus«, in: *Humanistische Union – Mitteilungen*, Nr. 37, 17.1.1969, S. 6f.

51 Die Kritik Leo Derriks provozierte noch einmal eine Anti- und Metakritik in HSU und HU; vgl. M. Blum, M. Grupp, W. Schnur, »Positivistischer Antiradikalismus«, in: *HSU-Intern*, Nr. 4, März 1969, S. 12ff. – Ebenso: A. Dziomba

30 Hochschulgruppen in der gesellschaftlich-politischen Phase der »Basisgruppen«-Bewegung ab 1969/70 zerschmolz. Politisierte Studenten organisierten sich »unmittelbar« vor Ort: in ihren Fachschaften, in ihren Wohn- und Stadtteilgruppen. Das förderte den zentrifugalen Prozeß innerhalb der Mitgliedschaft der HSU. Außerdem kam ein Teil der Aktivisten von 1968 in die Examensemester, und Neuzugänge waren kaum zu registrieren. »Ausgehend von den Erfahrungen der Gruppen und des Bundesvorstandes während des letzten Jahres müssen sich die Delegierten über die zukünftige Funktion der HSU innerhalb der APO klar werden. Grundsätzlich muß darauf eingegangen werden, ob die HSU noch eine politische Existenzberechtigung hat.«⁵² Die Antwort gaben sich die restlichen Mitglieder der HSU selbst durch organisationskritischen Absentismus und Integration in die »Hochschulselbstorganisation«. Die Organisation HSU schief ein, ohne daß es je zu einem förmlichen Liquidationsverfahren ihres Verbandes gekommen wäre.

3. Bilanz

Diese Art der Selbstauflösung, die analog zur Entwicklung im SDS verlief, war durchaus konsequent im Sinne des erfahrenen politischen Sozialisationsprozesses in und mit dem eigenen studentischen Verband. Die HSU hatte in den Jahren 1967/68 den berechtigten Versuch eines Funktionswandels unternommen. Galt sie bis 1967 noch als »Durchlauferhitzer« für eine andere Organisation, nämlich für den SDS, so versuchte sie nun, sich mit ihrem Mitgliederbestand selbst nach links hin zu sozialisieren, indem sie ihre individual-freiheitlichen Ideale zu »vergesellschaften« versuchte und sich von einem »formalen« Liberalismus hin zu einem »libertären« Sozialismus weiterentwickelte. Damit brach die HSU aber mit den Vorstellungen jenes Teils

(HU), »Zum Programm der HSU«, in: *HSU-Intern*, a.a.O., S. 15ff. – Ebenso: E. Wenzel, H. Riempp, »Diskussion: Ideologischer Antiparlamentarismus«, in: *HU-Mitteilungen*, Nr. 38, 28.3.1969, S. 9f.

52 Aufruf des letzten Bundesvorstandes, bestehend aus Michael Grupp, Mechthild Blum und Wilfried Schnur, zur Delegiertenversammlung vom 10.–13. Juli 1969 in Frankfurt/M.

ihrer Mitglieder und mit denen der Mutterorganisation HU, die weiterhin das klassisch-liberale »bürgerrechtliche« Feld besetzten. Wenn dieses Feld dann von anderen studentischen Gruppen aus der »Mitte« der politischen Weltanschauungen eingenommen werden konnte, dann mag das zwar aus der Sicht der HSU organisationssoziologisch mit Bedauern zur Kenntnis genommen werden. Andererseits dürfte sich das politische Koordinatensystem weiter nach »links« hin verschoben haben, wenn eine »rechte« Gruppe wie das erwähnte »ADS«, ja sogar Teile des RCDS, die »kritische Wächterfunktion« der HSU übernahmen. Das organisatorische Ende der HSU kann schon deshalb nicht als »Scheitern« interpretiert werden, weil die alten HSU-Protagonisten mit ihren Sozialisierungserfahrungen in anderen gesellschaftlichen Feldern weiter arbeiteten. In den Bereichen Hochschule und Pädagogik, Justiz oder Medien, ja sogar in den Kirchen setzten sie ihre kritischen, reformorientierten Impulse um. Auch die Humanistische Union selbst profitierte davon, als zahlreiche HSU-Aktivisten in den Ortsvorständen, im Bundesvorstand oder im Beirat mitarbeiteten. Nach bestimmten Selbstaussagen der HU entwickelte sich auch diese »nach links« und konnte dabei – ganz gegen das ursprüngliche Szczesnysche Dogma – ihr bürgerrechtliches Engagement beibehalten. Noch immer sind die im Grundgesetz postulierten Grundrechte für Minderheiten nicht eingelöst. Dies hat den Aktionsradius der HU nicht geschmälert. Noch immer nimmt sie Stellung zur Trennung von Staat und Kirche, zur Sexualerziehung und Sexualstrafrecht. Unter veränderten Bedingungen nimmt sie auch das neue Partnerschaftsgesetz für Homosexuelle unter die Lupe, gibt Memoranden und Gutachten zum Datenschutz, zum Staatsangehörigkeits- und Ausländerrecht heraus und entwickelt Gedanken zu neuen politischen Beteiligungsformen vom Plebiszit bis hin zur Demokratisierung des Internets. Von ihrem Menschenrechtsverständnis aus hat die HU längst die Art der internationalen Konfliktlösungen kritisch untersucht. Mit ihrem »Fritz-Bauer-Preis« ehrt die Humanistische Union engagierte Bürgerrechtler in der inzwischen erweiterten Bundesrepublik Deutschland, als deren älteste Bürgerrechtsorganisation sie sich nach fast 40 Jahren zu Recht bezeichnen darf.

Literaturhinweise

- W. Abendroth u.a., *Die Linke antwortet Jürgen Habermas*, Frankfurt/M. 1968
- U. Bergmann u.a., *Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition*, Reinbek 1968
- R. Faber (Hrsg.), *Liberalismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 2000
- B. Gall u.a., *Die studentische Protestbewegung. Analysen und Konzepte*, hrsg. vom Institut für Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1971
- H. Grossmann, O. Negt, *Die Auferstehung der Gewalt. Springerblockade und politische Reaktion in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1968
- J. Habermas, »Die Scheinrevolution und ihre Kinder«, Manuskript für den Kongreß »Politik – Protest – Widerstand« am 1.6.1968 in Frankfurt/M., veröffentlicht in: *außerparlamentarische opposition – informationen für demokratie und abrüstung*, Nr. 59, Offenbach 1968, S. 7–9
- C.D. Kernig u.a., *Die Neue Linke. Theorie – Utopie – Praxis*, Bern 1969
- E. Kogon u.a., *Der totale Notstandsstaat*, Frankfurt/M. 1965
- G. Küsel (Hrsg.), *APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch*, mit einem Vorwort von Theo Pirker, Berlin 1978
- B. Larsson, *Ein Berliner Modell*, Berlin 1967
- S. Leibfried (Hrsg.), *Wider die Untertanenfabrik*, Köln 1967
- K. Nevermann, *Der 2. Juni 1967*, Köln 1967
- G. Schäfer, C. Nedelmann, *Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik*, München 1967
- E.K. Scheuch (Hrsg.), *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der »Neuen Linken« und ihrer Dogmen*, Köln 1968
- L. Schmidt, D. Thelen, *Hochschulreform. Gefahr im Verzuge?*, Frankfurt/M. 1969
- C. Schrenck-Notzing, *Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft*, Stuttgart 1970
- R. Seeliger, *Die außerparlamentarische Opposition*, München 1968
- O. Wilfert, *Lästige Linke. Ein Überblick über die außerparlamentarische Opposition der Intellektuellen, Studenten und Gewerkschafter*, Mainz 1968.